

Per Mail: [Georg.Schmidt@bl.ch](mailto:Georg.Schmidt@bl.ch)

*Sicherheitsdirektion  
Kathrin Schweizer  
Kasernenstrasse 31  
4410 Liestal*

Pratteln, 10. Juni 2024

**Stellungnahme zur öffentlichen Vernehmlassung zur Änderung des  
Landratsgesetzes (SGS 131): Rechte und Pflichten der Mitarbeitenden der  
kantonalen Verwaltung gegenüber der parlamentarischen Oberaufsicht**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Schweizer

Die Mitte bedankt sich für die Möglichkeit zur Vernehmlassung.

Damit die GPK die Grundlage hat, Mitarbeitende des Kantons im Rahmen von Untersuchungen zu befragen, ist es notwendig, weitere gesetzliche und materielle Grundlagen im Landratsgesetz zu schaffen bzw. zu präzisieren.

So werden beispielsweise die Rechte und Pflichten der Befragten präzisiert.

Die Mitte unterstützt die Anpassungen im Landratsgesetz.

Wir bitten um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und Einbindung in Ihre Zusammenfassung.

Freundliche Grüsse  
**Die Mitte Basel-Landschaft**

**Dominique A. Häring**  
Geschäftsführerin, Die Mitte Basel-Landschaft

*Die Vernehmlassungsantwort wurde verfasst von Landrätin Béatrix von Sury, Reinach*